

Mündliche Anfragen

zur 13. Fragestunde

in der 54. Plenarsitzung vom 1. Februar 2018

1. Anfrage des Abg.
Lars Patrick Berg AfD

Eingang: 08. 01. 2018

Durch Asylbewerber verursachte Verkehrsschäden

- a) Wird in Baden-Württemberg bei Verkehrsunfällen durch Asylbewerber und Flüchtlinge ebenfalls so verfahren wie in Rheinland-Pfalz, wo ein Asylbewerber einen Verkehrsunfall mit einem Schaden von mehreren Tausend Euro verursacht hat und die Geschädigte auf ihren Kosten sitzen bleibt, weil der Asylbewerber keine Haftpflichtversicherung besitzt und nicht persönlich für den Schaden aufkommen muss?
- b) Plant die Landesregierung einen Schutz für Bürger, beispielsweise in Form einer Versicherungspflicht für Asylbewerber, um derartige Situationen in Baden-Württemberg zu vermeiden?

2. Anfrage des Abg.
Dr. Friedrich Bullinger
FDP/DVP

Eingang: 08. 01. 2018

Planungen der Länder für eine Vereinheitlichung von Ausnahmegenehmigungen für Langholztransporte

- a) Welche Planungen der Verkehrsministerien der Länder sind der Landesregierung von Baden-Württemberg hinsichtlich einer Vereinheitlichung von Ausnahmegenehmigungen für Langholztransporte bekannt?
- b) Inwiefern teilt die Landesregierung die Sorge von Waldeigentümern und Sägebetrieben, dass – durch eine mögliche Herabsetzung der zulässigen Maximallänge von Langholzfahrzeugen von derzeit 27 m auf künftig nur noch 25 m – Langholz mit einer Stammlänge von mehr als 20 m als wichtiges Segment des Rohholzsortiments vom Markt verschwinden könnte?

3. Anfrage des Abg.
Dr. Friedrich Bullinger
FDP/DVP

Eingang: 10. 01. 2018

Möglichkeiten der Verbesserung der notärztlichen Versorgung im Hohenlohekreis, im Landkreis Schwäbisch Hall, im Main-Tauber-Kreis, im Ostalbkreis sowie in grenznahen Standorten in Bayern durch die Stationierung des nachflugtauglichen Helikopters SAR 64 beim Transporthubschrauberregiment 30 in Niederstetten

- a) Welche Möglichkeiten bestehen durch die jüngst erfolgte Stationierung des nachflugtauglichen Rettungshubschraubers SAR 64 der Bundeswehr vom Typ Bell UH-1D am Standort des Transporthubschrauberregiments 30 in Niederstetten hinsichtlich einer dauerhaften und flächendeckenden Verbesserung der notärztlichen Versorgung der Zivilgesellschaft in der oben genannten Raumschaft?
- b) Ist die Landesregierung zeitnah bereit, ein schlüssiges und leistungsfähiges Gesamtkonzept zu einer nachhaltigen Verbesserung der notärztlichen Versorgung (u. a. mit nachflugtauglichem Flugrettungsgerät) für die oben genannte Raumschaft zu entwickeln, bei dem neben den nunmehr vorhandenen militärischen Kapazitäten in Niederstetten (Main-Tauber-Kreis) auch der in unmittelbarer Nähe zur Landesgrenze im bayerischen Dinkelsbühl-Sinbronn stationierte ADAC-Rettungshubschrauber Christoph 65 eine entsprechende Verwendung diesseits der Landesgrenze findet?

4. Anfrage des Abg.
Anton Baron AfD

Eingang: 13. 01. 2018

Gründe für den Verzicht auf ein privates Forschungszentrum am Campus Künzelsau

- a) Welche Lösungsmöglichkeiten wurden konkret durch jeweils welche beteiligten Behörden aufgezeigt, um am Campus Künzelsau der Hochschule für angewandte Wissenschaften Heilbronn durch ein hohenlohisches Unternehmen ein Forschungsinstitut zu errichten?
- b) Welche rechtlichen Gründe sprachen aus Sicht der Landesregierung gegen die Anerkennung der Gemeinnützigkeit des geplanten Instituts, da dies laut Aussage eines Sprechers des beteiligten Unternehmens gegenüber dem SWR (vergleiche Artikel „Campus Künzelsau – Kein Forschungsinstitut von ebm-papst“ vom 17. Oktober 2017 auf www.swr.de) der entscheidende Faktor für den Rückzug gewesen sei und auch in den Verhandlungen mit dem Finanzministerium eine Rolle gespielt habe?

5. Anfrage des Abg.
Raimund Haser CDU

Eingang: 16. 01. 2018

Hochwassermanagement zum Jahresanfang

- a) Wie beurteilt die Landesregierung das Hochwassermanagement beim Hochwasser am Jahresanfang 2018?
- b) Inwiefern konnte der Einsatz der Hochwassersicherungsinfrastruktur des Landes die Auswirkungen am unteren Neckar positiv beeinflussen?

6. Anfrage der Abg.
Sabine Wölfle SPD
Eingang: 16. 01. 2018
- Passbeschaffung durch Flüchtlinge**
- a) Wie beurteilt die Landesregierung die inzwischen gängige Praxis von Ausländerbehörden in Baden-Württemberg, die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für Geflüchtete mit subsidiärem Schutz von der Vorlage eines Passes des jeweiligen Heimatlands abhängig zu machen, obwohl subsidiär Geschützte und Personen mit nationalem Abschiebungsverbot für die Erteilung eines Aufenthaltstitels gemäß § 5 Absatz 3 Satz 1 in Verbindung mit Absatz 1 Nummer 4 des Aufenthaltsgesetzes keinen gültigen Pass oder Passersatz benötigen?
- b) Auf welcher Rechtsgrundlage handeln die Ausländerbehörden dabei?
7. Anfrage des Abg.
Dr. Stefan Fulst-Blei SPD
Eingang: 23. 01. 2018
- Lerncoach**
- Wie positioniert sich die Landesregierung vor dem Hintergrund der Entscheidung des Kultusministeriums, die Empfehlung der Einigungsstelle Beratungen als Lerncoach von mehr als 20 Schülerinnen und Schülern angemessen auf die Unterrichtsverpflichtung anzurechnen, nicht umzusetzen, zu dem Vorwurf, dass sie den Mehraufwand der Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen für Lerncoaching kleinredet und damit die Erfüllung deren Unterrichtsauftrags bzw. die Umsetzung des pädagogischen Konzepts gefährdet?
8. Anfrage des Abg.
Dr. Stefan Fulst-Blei SPD
Eingang: 23. 01. 2018
- Muttersprachlicher Unterricht**
- Erwägt die Landesregierung, zu prüfen, inwiefern unter den Geflüchteten Lehrkräfte sind, die fortgebildet und dann für die Erteilung muttersprachlichen Unterrichts eingesetzt werden könnten?
9. Anfrage des Abg.
Martin Rivoir SPD
Eingang: 25. 01. 2018
- Ehrenhof des Neuen Schlosses in Stuttgart**
- Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass aus dem Ehrenhof des Neuen Schlosses die Autos dauerhaft raus sollten und dafür in der fünften Jahreszeit Konfetti in den Ehrenhof rein sollte?
10. Anfrage des Abg.
Andreas Kenner SPD
Eingang: 26. 01. 2018
- Bewilligung Bildungsreferenten aus dem „Zukunftsplan Jugend“ für die Sportjugend BW 2018**
- a) Bis wann kann die Sportjugend BW mit der Bewilligung der 1,5 Bildungsreferentenstellen aus dem „Zukunftsplan Jugend“ für 2018 rechnen?
- b) Wann kann mit einem Ergebnis der bereits laufenden Verhandlungen zwischen dem Sozialministerium und dem Kultusministerium (vgl. Stellungnahme der Landesregierung zum Antrag Drucksache 16/2482 vom 2. August 2017) zur Übertragung der Haushaltsmittel für die 1,5 Stellen für Bildungsreferenten zur Sicherstellung ihrer Finanzierung und zur besseren Planungssicherheit über 2018 hinaus gerechnet werden?

11. Anfrage des Abg.
Martin Rivoir SPD

Eingang: 26. 01. 2018

Zukunft des Forschungsstandorts Ulm

- a) Welche Informationen liegen der Landesregierung über die geplante Verlegung von Forschungseinrichtungen (Daimler-Forschungszentrum) am Forschungsstandort Ulm vor?
- b) Wie sieht die Landesregierung vor diesem Hintergrund die Zukunft des Forschungsstandorts Ulm?